

Inserate

werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Haus. Ad. Schles. Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Ollo Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
E. Jonsane
in Posen.

Inserate

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Haus. Posse, Haasenstein & Vogler A. G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratenheft:
J. Klugkist
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 146

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganj Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstelle
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 27. Februar.

1892

Deutscher Reichstag.

181. Plenarsitzung vom 26. Februar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Beratung des Telegraphengesetzes wird fortgesetzt mit der gestern abgebrochenen Debatte über § 7a (Anlagebechränkungen bei Gefahr der Störung konkurrenzender elektrischer Leitungen) und die dazu vorliegenden, gestern mitgetheilten Anträge Dr. v. Bar, Bödiker, v. Strombeck, Dr. Lieber-Spahn.

Ein fernerer Antrag Bödiker verweist die in dieser Frage entstehenden Streitigkeiten vor die ordentlichen Gerichte und verlangt für sie ein beschleunigtes Gerichtsverfahren, auch in den Gerichtsferien.

Abg. Spahn (Btr.) empfiehlt seinen Antrag als ein Provision bis zum Erlass eines Gesetzes über die Errichtung elektrischer Anlagen. Es müsse eine schiedsgerichtliche Instanz zwischen der Reichstelegraphen-Verwaltung und den Eigentümern konkurrenzender elektrischer Anlagen geschaffen werden, für den Fall, daß Selbstschutzvorrichtungen nicht möglich sein sollten. Dass aber ein Selbstschutz möglich sei, bewiesen die konkurrenzenden Starkstrom- und Telegraphenleitungen in Lauffen in Württemberg. Wenn wirlich Starkstromanlagen eine Telegraphenlinie stören könnten, so könnten Ausnahmefestimmungen erlassen werden. Es handele sich hier um wichtige Interessen weiter gewerblicher Kreise.

Abg. Graf v. Arnim (L.) tritt für den Kommissionsbeschluss ein. Ein Selbstschutz sei nicht möglich: Starkstromleitungen würden immer andere Leitungen störend beeinflussen. Der Standpunkt des Staatssekretärs sei der einzige richtige. Die Telegraphenverwaltung werde die Verkehrs- und sonstigen allgemeinen Interessen nach Möglichkeit berücksichtigen. Die Elektrizitätsgesellschaften dürften auf Kosten der Allgemeinheit keine besonderen Vortheile verlangen, denn sie befänden sich nicht in einer Notlage, wie z. B. die Landwirtschaft.

Abg. Strombeck (Btr.) erkennt die Absicht der Reichstelegraphenverwaltung, der Nutzbarmachung der Elektrizität durch die Industrie nicht in den Weg zu treten, an, verweist aber auf die wenig beruhigende Praxis z. B. der Oberpostdirektion in Dresden, welche das Verlangen gestellt habe, daß Starkstromanlagen nicht im Bereich der Telegraphenleitungen errichtet werden dürften. Sein Antrag wolle die Interessen der Telegraphenverwaltung wie die der Industrie gleichmäßig wahren. Der Antrag Spahn sei unannehmbar, weil er der Telegraphenverwaltung nicht das Recht gebe, bereits bestehende störende Leitungen zu beseitigen, der Antrag Bödiker, weil er Privatabkommen nicht berücksichtige. Der Antrag v. Bar gehe ihm zu weit.

Staatssekretär Dr. v. Stephan erklärt den Antrag Spahn für unannehmbar, wendet sich aber auch gegen die anderen Anträge, deren Fassung der Reichstelegraphenverwaltung nicht genügen könne. In dem vom Vorredner erwähnten Dresdener Fall sei den polizeilich geordneten Sicherheitsmaßregeln nicht entsprochen worden; übrigens sei die Angelegenheit noch in der Schwebe. Eine mangelhafte Telegraphenanlage könne überhaupt nicht vorkommen.

Es ist in das Gesetz von außen eine Fülle von Unruhigkeiten hineingetragen. (Lachen links.) Noch niemals ist in meiner amtlichen Tätigkeit ein Gesetz vorgekommen, das eine solche Menge von Missverständnissen erregt hat. Ich wiederhole die Erklärung, daß es der Telegraphen-Verwaltung fern liegt, der Entwicklung der Industrie irgendwie in den Weg zu treten. Diese ganze Frage gehört gar nicht in dieses Gesetz, sondern in ein Elektrizitätsgebot. Da Ihre Opposition gegen das Telegraphen-Reglement nichts gebracht hat, verjüngen Sie jetzt einen neuen Kampf in der Luft. Nach zwanzig, zehn, ja nach fünf Jahren wird man die heutige Debatte nicht verstehen können. Was heißt das überhaupt? Die Elektrizität muß in die Industrie eingeführt werden? Entweder ist sie eine Kraft, der die Zukunft gehört, dann habt sie sich auch ohne Reden, wie Sie sie hier halten, ihren Weg, oder ihre Bedeutung existiert nicht, dann werden Sie ihr auch nicht helfen. Die arme Elektrizität! Alles will von ihr leben. Erfinder, Fabrikanten, Industrielle, Aktien-Gesellschaften, Patentämmler, Patent-Erwerbsgeschäfte, - schließlich wird es mehr Leute geben, die von der Elektrizität leben wollen, als solche, die der Elektrizität überhaupt bedürfen. (Heiterkeit rechts.)

Die Agitation gegen die Reichstelegraphen-Verwaltung ist doch ganz ungerechtfertigt. Ware ohne die Bemühungen und die Thätigkeit der Reichs-Telegraphenverwaltung die elektrotechnische Ausstellung in Frankfurt, wäre ohne sie die Kraftübertragung in Lauffen möglich gewesen? Und nun stellen gerade die Kreise, zu deren Nutzen das Alles gethan ist, die Verwaltung als einen mißbürtigen Feind hin. Die Veranlassung sind die Paar Wander-Apostel, die die ruhige Arbeit der elektrotechnischen Vereine fördern. (Lachen links.) Man kann da nicht mehr von einem Beunruhigungsbozillus sprechen, sondern es ist schon mehr ein Beunruhigungs-Megatherium. (Heiterkeit.) Als Hannibal in der Verbannung in Ephesus war, kam auch so ein freisinniger Wanderapostel aus Athen, und hielt einen Vortrag über Feldherren- und Kriegskunst. Alles applaudierte; als aber Hannibal von seinem Gastfreunde um seine Meinung über den Vortrag befragt wurde, antwortete er: Ich habe noch niemals einen größeren Narren über Feldherren- und Kriegskunst reden hören. So ist es auch mit diesen Reden in den elektrotechnischen Vereinen. (Heiterkeit rechts.) Die Petitionen der Städte will ich milder behandeln, nach dem Hamlet'schen Worte: Der Rest ist Schweigen. Man soll aber nicht der Telegraphenverwaltung einseitige Interessenvahrnehmung vorwerfen; nicht diese, sondern die verbündeten Regierungen haben das Gesetz eingebracht.

Die durch die Elektrizität gewonnene Kraft ist jetzt noch recht heuer. Gastwirthe haben mir persönlich gesagt, daß sie sie bei dem jetzigen Preise auf die Dauer nicht beibehalten können. Ich leugne allerdings nicht, daß die Einrichtungen noch großer vervollkommenfähig sind. Aber die Entwicklung in der Vervollkommenung hat durch eine Reihe von Jahren gedauert, und man wird

daher mit dem Motiv der Verbilligung nicht schon jetzt so ohne Weiteres rechnen können.

Der Antrag v. Bar ist weder sprachlich noch logisch, noch technisch verständlich. Was heißt das: in sich selbst geschützt? Man kann sich gegen etwas Anderes schützen, aber nicht in sich selbst! Wenn eine Starkstromanlage in der Nähe einer Eisenbahn durch ihre magnetischen Einflüsse auf die Schienen einwirkt, so ist doch nicht die Eisenbahnverwaltung, sondern die Starkstromanlage daran schuld. Also ist der Antrag auch unlogisch, weil er in ähnlichen Fällen die Reichstelegraphenverwaltung verantwortlich machen will. Die Behauptung, daß die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie durch die einseitige Verücksichtigung der Interessen der Telegraphenverwaltung gefährdet sei, ist ebenfalls vollkommen unzutreffend. Auch in den anderen Ländern bestehen gelegliche Bestimmungen, welche die Telegraphenanstalten gegen Behinderung durch andere Betriebssysteme sichern. Wie kommt es, daß die Einführung solcher Bestimmungen bei uns so viel Widerspruch erregt? Plato hat einmal gesagt: In Cyrene Gesetze zu geben, ist schwierig, weil die Leute dort zu glücklich sind. Bei uns in Deutschland haben Sie es auch viel zu gut. (Heiterkeit.) Die sozialdemokratische Opposition hat mehr verständliche Motive. Die Sozialdemokratie haben wohl Vertrauen zu mir, aber sie befürchten, mein Nachfolger könnte nicht meine Sanftmuth und Harmlosigkeit haben (Heiterkeit). Wer auch mein Nachfolger sein wird — ich hoffe zu Gott, daß es ein begabter und talentvoller Mann sein wird als ich —, in einer Zeit, in welcher das große Wort gefallen ist, die Welt steht unter dem Zeichen des Verkehrs, halte ich es für ganz unmöglich, daß der Leiter der mächtigsten Verkehrsanstalt gegen den Volksgeist und gegen die Gemeinschaftswohlfahrt handeln wird. Die Reichstelegraphie ist das Nervensystem des ganzen Staates und der Gesellschaft. Lehnen Sie die Anträge ab und behalten Sie es dadurch vor Gerrittement. Sie werden dadurch der Kultur und dem ganzen Volkswohl einen Dienst erweisen und einen starken Baustein beitreten zur Stärkung des öffentlichen Rechtsgefühls. (Beifall links.)

Abg. Schröder (bf.): Der Staatssekretär sieht überall nur Missverständnisse. Es handelt sich doch um die ganz konkrete Frage: Wie stehen die Telegraphenleitungen gegenüber anderen elektrischen Leitungen? Nur die Beantwortung der Frage ist gefordert worden, ob die Telegraphenverwaltung den Anspruch erhebe, einfach die anderen elektrischen Leitungen in ihrem Bereich untersagen zu können. Der Staatssekretär hat seiner Zeit diese Frage verneint. Jetzt gibt er diese bestimmte Antwort nicht mehr.

Seine heutige Rede ist ein Beweis für eine humorvolle Auffassung der Frage. Er gab allein seinem Verdruss darüber Ausdruck, daß von seiner abweichende Anträge existieren. Es ist aber wohl nicht Recht, wenn man in der Weise, wie er es that, urtheilt über eine Verfassung, wie den Frankfurter Kongress, dem man Sachverständnis doch wohl nicht absprechen kann. Man kann doch nicht sagen, daß diese Leute ohne alle Überzeugung ihre Ansicht ausgesprochen haben, und man soll sich vor derartigen Urtheilen hüten Leuten gegenüber, die unsere Gastfreundschaft genossen haben. (Sehr richtig! links.)

Wir stehen auch hier auf Seite des Fortschritts und glauben, auf dem richtigen Wege zu sein. Wir müssen in dieser Frage gesetzliche Klarheit schaffen, wenn anders wir nachher nicht die Verantwortung für die Folgen übernehmen sollen.

Die Missverständnisse sind entstanden durch die ganze Behandlung des Gesetzes durch die verbündeten Regierungen. Wir haben nach einem langen Kampf mit den Vertretern der verbündeten Regierungen eine Menge von Bestimmungen in der Kommission in dieses Gesetz aufgenommen, weil das Gesetz betreffend die elektrischen Anlagen noch immer beim Bundesrat ruht und nicht vornwärts gekommen ist. Es ist uns auch nicht das geringste Entgegenkommen seitens der Regierung zu Theil geworden, obgleich unsere Forderungen doch gewiß keine absonderlichen sind. Wir haben nur das Recht erlangt, Telegraphenleitungen an irgend einer Stelle anzubringen, wir verlangen durchaus kein ausschließliches Recht. Nachdem man diese Forderung abgewiesen hat, tritt die Frage auf, wie das Recht, welches die Reichs-Telegraphenverwaltung für sich in Anspruch nimmt, in anderer Weise geordnet werden soll. Wir strecken uns gegen eine Festlegung dieses Rechtes, weil sich die Verhältnisse fortgesetzt verschieben, weil die Elektrizität sich fortgesetzt entwickelt. Deshalb können wir nicht einem Theile besondere Rechte einräumen. Wenn man dem Besitzer der Straßenbahn besondere Verpflichtungen der Telegraphenverwaltung gegenüber auferlegen will, so muß man ihm das Recht auf Entschädigung geben. Eine solche Entschädigung ist aber unmöglich, und daher bleibt nur übrig, gleicher Recht beiden Theile zu geben. Die Telegraphenverwaltung kann ja selbst in die Lage kommen, einmal neue Leitungen anlegen, Starkstromleitungen einzurichten zu müssen. Die Elektrizität hat eine Zukunft, die der Staatssekretär nur nicht anerkennen will, nicht nur für die großen Städte. Nein, es können auch in anderen bisher vernachlässigten Gegenden mit Hilfe der Elektrizität große Industriezentren entstehen. Aber man sollte auch die Interessen der Städte, die sich einstimmig in unserem Sinne ausgesprochen haben, nicht zu sehr hintanzusetzen, namentlich in Preußen nicht. Denn die Städte bringen den größten Theil der Steuern auf, und werden es nach dem neuen Einkommensteuergesetz noch in höherer Maße tun.

Ich halte einen Selbstschutz auch bei den Telefonleitungen wenigstens in hohem Maße für möglich. Es ist doch Thatache, daß Telefonleitungen neben Starkstromleitungen gut funktionieren. Die Mängel, die jetzt noch bestehen, werden sicher in kurzer Zeit durch die Technik beseitigt werden. Das Wort „Selbstschutz“, woran der Staatssekretär Anstoß nimmt, ist doch ein terminus technicus, den sonst jeder versteht. Der Staatssekretär erklärt die Reichstelegraphenverwaltung, alles, was er und seine Untergesellen, bis zum untersten Beamten thun, für vollständig und fehlerfrei. Sonst habe ich noch nie gehört, daß jemand in dem Maße die Unfehlbarkeit für sich und andere in Anspruch nimmt. (Sehr wahr!) Wir geben ja zu, daß die Reichstelegraphie nach Möglichkeit den Fortschritten der Wissenschaft und Technik folgen wird. Wir verlangen nicht, daß, wenn die Telegraphenleitungen mit anderen elektrischen Leitungen konkurrieren, beide Theile Rück-

leistungen anwenden müssen. Vielleicht einigen sie sich dahin, daß nur ein Theil seine Leitung mit Rückleitung verfügt, und einigen sich darüber, wer die Kosten trägt. Jedenfalls soll durch Rückleitungen eine Sicherheit gegen Störungsgefahr geboten werden, und ein gleiches Recht beiden Theile gegeben werden. Das drückt unser Antrag am stärksten aus.

Nehmen Sie vorläufig für diese Lesung unser Antrag an. Ich glaube, die verbündeten Regierungen werden in der dritten Lesung Ihren Widerstand gegen die Anträge aufgeben, wenn Sie einsehen, daß sie ohne eine solche Bestimmung eine Zustimmung zu dem Gesetz nicht erhalten. Stimmen Sie jetzt für unser Antrag oder für den Antrag Spahn, wir behalten uns für die dritte Lesung eine eventuelle Änderung vor. (Beifall links.)

Abg. Dr. Hammacher (nl.): Der Antrag Bar ist der unannehmbarste von allen Anträgen. Denn er verlangt eine Vergewisserung von Kapital, indem er beide Theile zu Schutzvorrichtungen verpflichten will. Der unannehmbarste von allen Anträgen ist noch der Antrag Bödiker; ich empfehle ihn zur vorläufigen Annahme. Bezuglich der Entwicklung der Elektrizität in der Zukunft stehe ich stets auf dem Standpunkt des Staatssekretärs v. Stephan. Nur darin stimme ich dem Abg. Schröder bei, daß das Telegraphengesetz viel leichter zur Erledigung käme, wenn wir bereits ein Elektrizitätsgesetz hätten. Ich hoffe, daß ein solches uns bald vorliegen wird.

Abg. v. Vollmar (Soz.): Im Prinzip könnten wir ja in dieser Materie auf Seiten der Telegraphenverwaltung stehen. Es wäre aber dann zu wünschen, daß die schönen Worte des Staatssekretärs mehr sind als bloße augenblickliche Kampfmittel. Die Beunruhigung der Industrie und der Städte ist nur zu gerechtfertigt wegen der extremen und unglaublichen Art, in der die Telegraphenverwaltung ihnen gegenüber Rechte beansprucht. Wir haben allen Grund zum Misstrauen gegen die Verwaltung, und dürfen ihr nicht die alleinige Herrschaft über die Elektrizität geben, wenn sie sich auch für noch so unfehlbar hält. Herr Staatssekretär, sehr oft sind Sie mit dem Volksgeist gegangen, aber auch sehr oft handeln Sie gegen den Volksgeist lediglich im einseitigen fiktiven Interesse und hindern den Fortschritt. Sie hätten auch jetzt viel besser gehan, nicht so absprechend über wissenschaftliche Kapazitäten zu sprechen. Hier ist die Energie des Staatssekretärs nicht am Platze, seine Rechthaberei hat auf uns einen schlechten Eindruck gemacht und impoziert uns gar nicht. Gerade weil die Frage des Selbstschutzes streitig ist, müssen wir sie jetzt in das Geheb aufnehmen. Behält der Staatssekretär später Recht, so wird er schon dafür sorgen, daß diese Bestimmung wieder aus dem Gesetz herauskommt; stellt sich dagegen der Selbstschutz später als möglich heraus, und er ist im Gesetz nicht drin, so wird es uns auch nicht gelingen, die Verwaltung zu zwingen, den Selbstschutz für ihre Leitungen einzuführen. Wir werden für den weitesten Antrag stimmen, für den Antrag von Bar.

Mit der Debatte wird ein Antrag außer verbunden, welcher zwischen den Anträgen Lieber-Spahn und Bödiker vermittelnd, Streitigkeiten im gerichtlichen Verfahren erledigen und die physikalisch-technische Reichsanstalt zur Aufgabe von Gutachten verpflichten will.

Abg. v. Bar (bf.): Ich tritt nochmals für meinen Antrag ein unter Hinweis darauf, daß jedes Gesetz auch allen privatrechtlichen Anforderungen genügen müsse. Redner verließ darauf zwei Telegramme von Sachverständigen, in welchen die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Selbstschutzes betont werden.

Ein Schlusstantrag wird angenommen.

Abg. v. Strombeck zieht seinen Antrag zurück. Die Abstimmung über den Antrag Lieber-Spahn (physikalisch-technische Reichsanstalt als Spruchgericht), welche durch Ausszählung erfolgt, ergibt bei 82 Mitgliedern für und 89 gegen den Antrag die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr. Martineet und Abstimmung über § 7a des Telegraphengesetzes.

Schlus 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 26. Februar, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Staatsberatung wird fortgesetzt mit dem Statut des Handelsministeriums.

Die Einnahmen werden debattiert, bei den Ausgaben (Ministergehalt) bringt

Abg. Goldschmidt (df.): die Stellung der Berliner Gasträthe zu der Gastwirthsinnung wieder zur Sprache und erläutert den Minister um eine Erklärung darüber, wie er sich zu der Petition der freien Vereinigung der Gastwirthe verhält, die dagegen protestieren, daß sie zu Beiträgen für Innungen herangezogen werden. Die Innung zählt nur einen geringen Theil der Gastwirthe zu ihren Mitgliedern. Trotzdem durch Verfügung des Ministers die Mitglieder der freien Vereinigung von den Beiträgen für die Fachhöfe der Innungen befreit worden sind, sind die Beiträge an sich gestiegen. Diejenigen also, welche von den Innungen nichts wissen wollen, bringen mehr für dieselben auf als die Innungsmitglieder. Was leistet die Innung dafür? Sie hat eine Herberge, für die im verlorenen Jahre 2000 Mark aufgewendet wurden, während die Herberge nur von 20 Mann benutzt wurde. Das Bureau der freien Vereinigung hat einen bei weitem größeren Stellenvermittlungsverkehr als die Innung. Daß die letztere den Arbeitsnachweis kostenlos vermittelt, ist von gar keinem Belang. Die freie Vereinigung erhebt für den Arbeitsnachweis nur 25 Pf. Beitrag. Es ist ein Unikum, daß Majoritäten von einer kleinen Schaar Innungsmitglieder majoritiert werden. Ich bitte den Minister, den fortwährenden Beschwerden der Mehrheit Gehör zu geben. (Beifall links.)

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Ich nehme noch heute dieselbe Stellung in der vom Vorredner angeregten Frage ein wie im vorigen Jahre. Es ist keine wesentliche Änderung in den Verhältnissen eingetreten, seitdem ich jene Anordnung über die Beiträge

der Nichtinnungsmitglieder getroffen habe. Mißstände sind nicht zu meiner Kenntnis gekommen. Ich werde die Verhältnisse mit Aufmerksamkeit verfolgen, und, wenn ich finden werde, daß sich wesentliche Mißstände herausgestellt haben, nicht Anstand nehmen, jene Anordnung wieder aufzuheben.

Abg. **Lohren** (fr.) interpellierte den Minister über seine Stellung in der Handwerkerfrage, namentlich bezüglich des Befähigungsnachweises. Die Beschlüsse der Konservativen und des Zentrums im Reichstag gingen viel zu weit und waren für die Regierung unannehmbar. Aber sie hatten das Gute, daß sie die Regierung wenigstens zu einer Stellungnahme zwangen. Die Regierung darf sich doch nicht auf den Standpunkt der Freihändler stellen, welche es für richtig halten, die Waren da zu kaufen, wo sie am billigsten sind, ganz gleich ob der Verkäufer Steuern bezahlt und Staatsbürger ist oder nicht. Die hohen Behörden sorgen viel zu wenig für die Handwerker, sie sind viel zu viel in Theorien besessen. Hinter verschlossenen Thüren werden die wichtigsten Handwerkerfragen berathen, und dann die Beschlüsse dem Volke abtrotzen. Die Lohnarbeiter im Handwerk sind viel schlechter daran als die Fabrikarbeiter. Deshalb ist es sehr zu bedauern, daß die Regierung dem Handwerk durch Wiedererließung ihrer alten Privilegien nicht wieder aufzuhelfen will, daß sie es, wie es v. Bötticher im Reichstag gehabt hat, schroff abweist und es der Sozialdemokratie in die Arme treibt. Der Handwerkerstag, der die Tage in Berlin getagt hat, beweist, daß die Handwerker noch Mark in den Knochen haben. Wir verlangen nichts Unbilliges, sondern allein den Befähigungsnachweis für eine Anzahl von Gewerken. Jeder, der sein Handwerk ordentlich gelernt hat und dann 3 Jahre als Geselle oder Gehilfe gearbeitet hat, soll allein berechtigt sein, sein Handwerk zu üben. Nur für die, die durch pfuscherhafte Ausübung ihres Gewerbes Leben und Gesundheit Anderer zu gefährden eignen sich, verlangen wir noch außerdem eine Meisterprüfung, aber nicht vor Konkurrenzmeistern, sondern vor einer staatlichen Prüfungsbehörde.

Minister Frhr. v. **Verlepsch**: Ich kann über die definitive Stellungnahme des preußischen Ministeriums zur Handwerkerfrage noch keine Erklärung abgeben, sondern nur meine persönliche Meinung äußern, ohne aber damit meine definitive Stellungnahme fundzugeben. Zunächst ist es aber falsch, daß im Reichstage den Handwerkern anheimgegeben sei, sich mit ihren Forderungen an die Sozialdemokraten zu wenden, sondern lediglich auf eine Vorbaltung, daß die Handwerker, wenn die Regierung ihnen nicht entgegensteht, sich an die Sozialdemokratie wenden würden, wurde erwidert, daß es um die Handwerker nicht schade sein dürfte. Das war die einzige richtige Antwort. Es ist auch nicht wahr, daß der Minister v. Bötticher im Reichstage eine schroffe, ablehnende Haltung eingenommen hat. Aber es ist jedenfalls für das Handwerk viel vortheilhafter, wenn über den obligatorischen Befähigungsnachweis eine deutliche Erklärung von der Regierung abgegeben wird, als wenn es hingehalten wird. Die Folge dieser Erklärung wird eine enge Aneinandersetzung des Handwerks sein, welches nunmehr in eine Prüfung der Frage eintreten wird, ob nicht auf anderem Wege als auf dem des Befähigungsnachweises sein Zustand verbessert werden kann.

Wenn nachgewiesen werden könnte, daß dem Handwerk durch den obligatorischen Befähigungsnachweis geholfen werden kann gegen die Konkurrenz der Großindustrie, so würde ich mich entschieden für den Befähigungsnachweis aussprechen, selbst auf die Gefahr hin, daß das konsumirende Publikum dadurch belästigt oder geschädigt wird. Aber ich bin im Gegenteil der Überzeugung, daß die Einführung des Befähigungsnachweises dem Handwerk nicht helfen, sondern es gerade schädigen wird. (Sehr richtig! links.) Das Handwerk braucht in erster Reihe ein Bussinessmensch lieben zu Genossenschaften, um es kreditfähig zu machen, zu gemeinsamem Einkauf event. auch Verkauf. Ich bedaure, daß im Handwerk bisher so wenig Neigung dafür vorhanden war, ja daß sogar auf dem letzten Handwerkertage dieser Gedanke geradezu auf Verachtung gestoßen ist. Ferner braucht das Handwerk eine bessere technische Ausbildung. (Sehr richtig! links.) Auch hier hat es bisher nicht genügend gethan. Allerdings hat auch die Regierung nicht die nötigen Mittel dafür flüssig gemacht. Ich werde mich bemühen, diese Mittel zu erhalten, besonders zur Errichtung technischer Fachschulen, und hoffe, dem Handwerk dadurch aufzuholen. Der Handwerker muß sein Augenmerk auf die Qualität richten, er muß in allen Zweigen Kunsthändler sein. Die Massenproduktion an Schuhwerk und Kleidern kann man nicht tot machen, ohne die arbeitende Bevölkerung empfindlich zu schädigen; und niemand würde sich wohl bereit finden, sie durch Gesetz zu verbieten. Andererseits aber liegt es doch eine große Masse von Konsumenten, die bessere Ware verlangen, und jeder Handwerker, der sich mehr zum Kunsthändler ausbildet, wird seinen guten Verdienst haben. (Lebhafter Beifall.) Der dritte Punkt, in welchem dem Handwerk aufgeholfen werden kann, ist das Lehreringswesen, und hierin ist eine Annäherung vielleicht möglich. Ich hoffe, daß es gelingt, durch die Gesetzgebung eine sachgemäße und abschließende Regelung der Lehreringserziehung herbeizuführen, dann werden wir auch dem Handwerk wieder zu einem goldenen Boden verhelfen. (Beifall links.)

Abg. **Meyer** (Berlin, ds., mit allgemeinem Beifall und Heiterkeit begrüßt): Ich melde mich vom Urlaub zurück. (Heiterkeit.) Früher haben die Beamten allerdings auf dem sog. manchesterlichen Standpunkt, auf dem Standpunkt der vollen Handels- und Gewerbefreiheit, gestanden. Die Traditionen der Königsberger Schule, auf dem die früheren Beamten standen, sind seit 15 Jahren aber durchbrochen. Es sind unterdessen jüngere Beamte in die Verwaltung eingetreten, welche von der Ansicht ausgingen, daß es am besten für ihre Karriere sei, wenn sie auf staatssozialistischem Standpunkt gegenüber dem Deutschen Offizierverein und dem Warenhaus für deutsche Beamte gegenüber durchaus neutral verhalte.

Abg. **Eberth** (fr.): Die zünftlerische Minderheit vertritt nicht das Handwerk, sondern Sonderinteressen. Wenn die Forderung der Innungen nichts geholfen hat, so beweist das nur, daß die Sache am unrechten Ende angegriffen worden ist. Nicht Zwangsinningen, sondern freie Genossenschaften werden dem Handwerk helfen. Der Kernpunkt der ganzen Handwerkerfrage ist aber die Bildungsfrage. Auf die vorzüglichste technische Ausbildung des Handwerks wird die größte Aufmerksamkeit gewendet werden müssen. Man hat aber auch keinen Grund zu einem allgemeinen Pessimismus betrifft des Handwerkerstandes. In vielen Handwerksgewerben geht es nicht ab, sondern vielmehr aufwärts, wie im Tischlerei-, Sattler- und Tapeziergewerbe. Es kommt auf die Bildungsfrage an, die Innungen können aber nicht als Träger dieser Kulturfrage, sondern höchstens als Mitarbeiter an ihr angesetzt werden. Sollte man Handwerkerkammern als Aufsichtsinstanz über die Handwerker einführen, so würden wir uns dagegen wehren.

Abg. **Wenzler** (fr.) sieht die beste Handwerksgenossenschaft in der Zwangsinning. Nur der obligatorische Befähigungsnachweis könne dem Handwerkerstande aufhelfen. Redner erklärt, daß auf dem Handwerkertage das Protokoll der Handwerkerkonferenz als gefälscht bezeichnet worden sei und daß den Mitgliedern der Konferenz Fälschungen gezeigt worden seien, um sie zu einer Kundgebung gegen den Befähigungsnachweis zu veranlassen.

Minister Frhr. v. **Verlepsch** verwarf sich entschieden gegen solche Vorwürfe und bezeichnete es als unerhört, daß einem amtlichen Protokoll der Vorwurf der Fälschung gemacht werde. Der Befähigungsnachweis werde bei seinem Stande verlangt, außer beim Beamtenstande, bei welchem die Verhältnisse doch anders liegen. Auch die wenig bemittelten Handwerker könnten sich durch Bildung von Genossenschaften viele Vortheile verschaffen und sollten sich in dieser Beziehung die kleinen Bauern zum Vorbild nehmen.

Abg. **Lohren** entgegnet dem Abg. Meyer, daß man mit der Freiheit nichts anfangen könne. Die Zwangsinningen seien die besten Genossenschaften. Der Minister wolle die Handwerker in den Händen der Kapitalisten lassen. Die Vernachlässigung des Handwerks seitens der Regierung stärke die Sozialdemokratie. Die manchesterliche Lehre habe zur Schlacht von Jena geführt. Man ist an Pöbelzeugzeiten beim Aufzählen der Wache hier allerdings gewöhnt, und ohne einige Rempelzeiten geht es selten ab, wenn die Polizei in größerer Stärke erscheint. Aber heute war das Alles ungleich ernster. In den Massen war etwas

Die zünftlerischen Handwerker sind noch heute in einer ganz enttäuschten Minorität. Die Handwerker, die nicht Zünftler sind, agitieren nicht, weil sie zufrieden sind; sie benutzen die Zeit, um möglichst gut zu arbeiten, während einem Führer der Blauflächerpartei im Reichstage der Vorwurf gemacht werden konnte, daß er eine zünftlerische Pfuscherarbeit geleistet habe, für eine Vergolberarbeit 10 Jahre Garantie geleistet habe, bei der das Gold bald nach der Lieferung zum Schmerz des Empfängers abblätterte. Das ist das Symptom der ganzen zünftlerischen Bewegung, was als Gold erscheint, das blättert ab. (Heiterkeit und Beifall.) Lebzigens gehört die Sache vor den Reichstag. Und wenn Herr Lohren nicht weiß, daß dies dort eingehend erörtert ist, so kann ich das auf unzureichende Zeitungslektüre zurückführen. (Heiterkeit)

Was soll übrigens dem Innungszwang unterliegen? Ist der Gastwirth ein Handwerker? Mir scheint nur ein einzelner Zweig seiner Tätigkeit zum Handwerk zu gehören, das Kochen, obgleich ich mehrheitlich Anstand nehmen würde, eine handwerksmäßig geckte Speise annehmen, mir wäre es lieber, wenn sie nach den Regeln der Kunst geliefert würde. (Heiterkeit.) Was das Wesen des Gastwirths ausmacht, das ist die Kunst, sich den Gästen angenehm zu machen und sie heranzuziehen, und dazu gehören Charaktereigenschaften, die auf zünftlerischem Wege nicht gewonnen und ausgeprägt werden können. Den Gastwirthsverbänden den Charakter einer Kunst aufzuprägen, das ist ein ganz verwunderlicher Missgriff. Der Minister hat sich eventuell bereit erklärt, diesen Missgriff zurückzunehmen, wenn er genügend informiert sein wird. Er braucht sich nur an den Berliner Magistrat zu wenden. Da wird er erfahren, daß die Summen, welche die Berliner Gastwirthsverbände für das Hochschulweisen aufwenden, zu den Summen, die ihre Gelage und Festlichkeiten kosten, sich ungefähr verhalten, wie in der Rechnung Falstaffs das Brot zum Wein. (Heiterkeit.) Der Minister wird daraus sehen, wie wenig die Zwangsinningen im Stande sind, das zu leisten, was nach seiner eigenen Auffassung dem Handwerk am meisten noththut, die Ausbreitung einer tüchtigen technischen Bildung. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Lucius** (Erfurt, fr. auf der Tribüne schwer verständlich) wünscht, daß bei der Vorbereitung von Handelsverträgen fündig die berufenen Vertreter des Handels, Gewerbes und der Landwirtschaft zugezogen würden. Insbesondere möge das Ministerium sich stets in direkte Beziehungen mit den Handelskammern setzen.

Minister Frhr. v. **Verlepsch**: Ueber die Stimmung in den Interessentreichen ist die Regierung bei den letzten Handelsvertragsverhandlungen unterrichtet gewesen. Es lag das Gutachten des deutschen Handelstages vor. Ich habe außerdem mit etwa 25 Vorsitzenden gewerblicher Vereine eine Besprechung gehabt, welche ergab, daß die deutsche Industrie eines mäßigen Schutzzolles bedürfe, andererseits aber für den Export Vergünstigungen verlangen müsse. Entgegen gegenwärtigen Ausführungen von Zeitungen muß also hervorgehoben werden, daß Besprechungen stattgefunden und zu einem Ergebnis geführt haben. Außerdem sind etwa 100 Korrespondenzen über einzelne Fragen mit den Handelskammern gewechselt worden, auch waren die Kommunikationen, bei jedem auftauchenden Zweifel sich mit den betreffenden Interessenten in Verbindung zu setzen.

Abg. **Goldschmidt** erklärt in Bezug auf seine Anregung betreffs der Innungen daß er das gesammte Material dem Polizeipräsidium über die Verfügung gestellt habe. Aus demselben könne sich der Minister über die Richtigkeit der von ihm in der ersten Rede angeführten Behauptungen unterrichten.

Abg. **Pleß** (Btr.) verlangt in den Fortbildungsschulen eine größere Verstärkung des fachgewerblichen Unterrichts. Redner befürwortet sodann als bestes Mittel zur Hebung des Handwerks die Bildung von Handelskammern. Auch der Befähigungsnachweis sei eine Forderung der Gerechtigkeit. Die Genossenschaften seien ja sehr gut, aber was solle der Handwerker machen, wenn er nicht die Mittel zum Eintritt in eine Genossenschaft besitzt?

Minister Frhr. v. **Verlepsch** erklärt, daß im preußischen Handelsministerium die Frage der Errichtung der Handwerkerschulen, als einer ausschließlich für die Vertretung der Handwerkerinteressen berufenen Organisation, wohl erwogen werde. Sollten solche Kammern errichtet werden, so müßte man ihnen auch die Beaufsichtigung über das Lehrlingswesen übergeben.

Abg. **Würmeling** (Btr.) tritt für den Befähigungsnachweis ein. Der kleine Handels- und Gewerbestand, der sich an und für sich in schlimmer Lage befindet, hat nun im Deutschen Offizierverein und im Warenhaus für deutsche Beamte eine starke Konkurrenz erhalten, welche überaus schädigend wirke. Die Regierung möge wenigstens nicht, sei es direkt oder indirekt, jene Vereinigung begünstigen.

Minister Frhr. v. **Verlepsch** entgegnet, daß nach einem ausdrücklichen Beschuß des Staatsministeriums die preußische Regierung sich dem Deutschen Offizierverein und dem Warenhaus für deutsche Beamte gegenüber durchaus neutral verhalte.

Abg. **Eberth** (fr.): Die zünftlerische Minderheit vertritt nicht das Handwerk, sondern Sonderinteressen. Wenn die Forderung der Innungen nichts geholfen hat, so beweist das nur, daß die Sache am unrechten Ende angegriffen worden ist. Nicht Zwangsinningen, sondern freie Genossenschaften werden dem Handwerk helfen. Der Kernpunkt der ganzen Handwerkerfrage ist aber die Bildungsfrage. Auf die vorzüglichste technische Ausbildung des Handwerks wird die größte Aufmerksamkeit gewendet werden müssen. Man hat aber auch keinen Grund zu einem allgemeinen Pessimismus betrifft des Handwerkerstandes. In vielen Handwerksgewerben geht es nicht ab, sondern vielmehr aufwärts, wie im Tischlerei-, Sattler- und Tapeziergewerbe. Es kommt auf die Bildungsfrage an, die Innungen können aber nicht als Träger dieser Kulturfrage, sondern höchstens als Mitarbeiter an ihr angesetzt werden. Sollte man Handwerkerkammern als Aufsichtsinstanz über die Handwerker einführen, so würden wir uns dagegen wehren.

Abg. **Wenzler** (fr.) sieht die beste Handwerksgenossenschaft in der Zwangsinning. Nur der obligatorische Befähigungsnachweis könne dem Handwerkerstande aufhelfen. Redner erklärt, daß auf dem Handwerkertage das Protokoll der Handwerkerkonferenz als gefälscht bezeichnet worden sei und daß den Mitgliedern der Konferenz Fälschungen gezeigt worden seien, um sie zu einer Kundgebung gegen den Befähigungsnachweis zu veranlassen.

Minister Frhr. v. **Verlepsch** verwarf sich entschieden gegen solche Vorwürfe und bezeichnete es als unerhört, daß einem amtlichen Protokoll der Vorwurf der Fälschung gemacht werde. Der Befähigungsnachweis werde bei seinem Stande verlangt, außer beim Beamtenstande, bei welchem die Verhältnisse doch anders liegen. Auch die wenig bemittelten Handwerker könnten sich durch Bildung von Genossenschaften viele Vortheile verschaffen und sollten sich in dieser Beziehung die kleinen Bauern zum Vorbild nehmen.

Abg. **Lohren** entgegnet dem Abg. Meyer, daß man mit der Freiheit nichts anfangen könne. Die Zwangsinningen seien die besten Genossenschaften. Der Minister wolle die Handwerker in den Händen der Kapitalisten lassen. Die Vernachlässigung des Handwerks seitens der Regierung stärke die Sozialdemokratie. Die manchesterliche Lehre habe zur Schlacht von Jena geführt. Man ist an Pöbelzeugzeiten beim Aufzählen der Wache hier allerdings gewöhnt, und ohne einige Rempelzeiten geht es selten ab, wenn die Polizei in größerer Stärke erscheint. Aber heute war das Alles ungleich ernster. In den Massen war etwas

Die Handwerkerfrage sei eine sehr ernste. Wenn Herr Ebert nur von einer Minorität spreche, welche die Forderung auf Einführung des Befähigungsnachweises erhebe, so suche er hinter einer Thür, hinter der er selbst stecke. Die kleine freisinnige Partei habe es allerdings verucht, eine große Bewegung in der Volksschulgelehrfrage hervorzurufen, was ihr aber nicht gelungen sei (Widerpruch links).

Abg. Dr. **Meyer** (Berlin) meint, daß die manchesterliche Richtung nicht die Niederlage bei Jena verschuldet habe, sondern, daß umgekehrt diese Richtung uns aus jener Niederlage emporgehoben habe (Sehr richtig! links). Auf die Schlacht bei Jena folgte die Zeit freieschaffender Entwicklung, die Emanzipation von Bürgern und Bauern. Wenn man mir vorwirft, daß ich schlechte Witze mache, so erwiedere ich, daß nach der Geschäftseröffnung des Hauses schlechte Witze niemals gemacht werden (Heiterkeit).

Abg. v. **Buttkamer-Blauth** (kon.) nimmt die preußischen Beamten in Schutz gegen den Vorwurf, daß sie, um bessere Karriere zu machen, sich dem Staatssozialismus zugewendet haben. Das Thue ein preußischer Beamter nicht. Die Umkehr der Anschaunungen sei begründet auf der Überzeugung, daß das Manchesterium abgewirtschaftet habe. Die Ausführungen des Abg. Meyer bezüglich der Kochkunst sind cynisch gewesen (Vizepräsident Frhr. von Seereman ruft den Redner wegen des Ausdrudes "cynisch" zu Orduna überraschend in einem Augenblick, wo Demonstrationen brodeln). Der Vorwurf des Abg. v. Buttkamer über die Agitation der Freisinnigen in der Frage des Volksschulgesetzes sei in Wahrheit ein Kompliment.

Das Kapitel wird bewilligt. Bei dem Kap. "Gewerbliches Unterrichtswesen" wünscht Abg. **Jürgensen** (nl.) eine Aufbesserung der Lehrer an den Navigationsschulen.

Minister Frhr. v. **Verlepsch** erklärt, daß diese Klage die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nehme. Der Titel wird bewilligt.

Darauf vertrat das Haus die weitere Berathung auf Dienstag 11 Uhr (außerdem zweite Berathung des Polizeigesetzes).

Schluß 3⁴ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 26. Febr. Bei der Betrachtung der hiesigen Ruhestörungen ist es doppelte Pflicht, so scharf wie möglich zu unterscheiden zwischen denjenigen Ereignissen, die durch eine pöbelhafte Volkschicht aus reiner Lust an Rohheit und Zerstörung begangen werden, und denjenigen anderen Rundgebungen, hinter denen in der That eine Wirkung sozialdemokratischer Propaganda erkennbar wird. Das Meiste von den abscheulichen Ausschreitungen, die jetzt seit zwei Tagen die Bürgerschaft in Erregung halten, kommt ohne Zweifel auf Rechnung der niedrigsten Schichten des sogenannten Lumpenproletariats. Dagegen darf nicht vergessen werden, daß den ersten Anstoß zu den Tumulten der sozialdemokratischen Agitator Kehler gegeben hat. So nothwendig es ist, allen übertriebenen Folgerungen aus den Unruhen bei Zeiten entgegenzutreten, so nothwendig ist es auf der anderen Seite, den sozialdemokratischen Organen zu begegnen, die das Vorgefallene bis auf den letzten Rest von der Partei hinwegwälzen wollen. Die liberalen Klassen der Nation werden daraus, daß vereinzelte Sozialisten an diesen Dingen beteiligt sind, noch lange nicht schließen, daß nunmehr Ausnahmemaßregeln, wohl gar durch Einschränkung des gemeinen Rechts am Platze seien. Die Pflicht der liberalen Parteien ist eine doppelte. Sie haben nach der Regierungsseite hin wie gegenüber den Konservativen mit aller Festigkeit zu betonen, daß nichts sich ereignet hat, was den Gelüsten Nahrung bieten könnte, wie sie in bekannter Weise eine Reihe von konservativen Rednern im Reichstage ausgedrückt hat. Sie müssen aber auf der anderen Seite den Sozialdemokraten vor Augen führen, welch ein gefährliches Spiel diese Partei treibt. Hier etwas zu vertuschen wäre ebenso unklug wie nutzlos. Die Sozialdemokratie verdient wahhaftig auch keine Schonung. Immer maßlos und wilder werden die Angriffe der berufenen und unberufenen Parteidienste, der Presse wie der Abgeordneten, auf die bürgerlichen Klassen, insoweit sie dem Liberalismus angehören, und wir Liberalen können uns das Zeugnis ausspielen, daß wir in der Langmuth gegenüber solcher gehässigen Kampfweise bis zum Neuersten gegangen sind. Die Erkenntnis der groben Fehler der Sozialdemokratie darf aber nicht hindern, daß so schnell wie möglich und so energisch wie möglich Bestrebungen entgegengetreten werden, die nicht bloß die Sozialdemokratie, sondern zugleich uns Alle treffen müßten, wenn ihre Verwirklichung denkbar wäre. Wiederum zeigt sich, daß den schweren Stand in Deutschland gegenwärtig das gebildete, staatsverhaltende Bürgerthum hat, dem die Feinde von rechts und von links erwachsen. Wir werden darüber hinweg kommen, aber es gehört die äußerste Kraftanstrengung dazu. Über die Unruhen, die sich heute wiederholt haben, enthalten die Abendblätter so eingehende Schilderungen, daß wohl darauf verwiesen werden kann. Der Schreiber dieser Zeilen hat sich in den Mittagsstunden unter den Linden befunden und kann bestätigen, daß die Sache sich zeitweilig sehr bedrohlich angelassen hat. Man ist an Pöbelzeugzeiten beim Aufzählen der Wache hier allerdings gewöhnt, und ohne einige Rempelzeiten geht es selten ab, wenn die Polizei in größerer Stärke erscheint. Aber heute war das Alles ungleich ernster. In den Massen war etwas

von jener unheimlichen Erhitzung zu spüren, die über die ersten noch unklaren Absichten weit hinausstreift, zu Zielen hin, deren Umfang die Werkzeuge gar nicht zu erfassen vermögen. Ebenso schienen die Schuhleute von einer Art von Zaumel erfaßt. Es lag etwas schwer zu Beschreibendes in der Luft, und die Szenerie wird in den Abendblättern in der That nicht übertrieben. Der Kaiser sah noch ernster als sonst aus, als er Mittags die Linden hinab zum Thiergarten ritt. Aus der Menge sollen bei dieser Gelegenheit Rufe nach Brot und Arbeit laut geworden sein.

Hamburg. 26. Febr. Der "Hamb. Kor." veröffentlicht eine polizeiliche Anordnung zur Verbüttung der Einschleppung und Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche. Danach ist der Auftrieb von Rindern und Schafen aus den Stallungen der Viehcommissionäre von Hamburg und Altona auf den Zentralviehmarkt verboten. Unverkauftes Vieh muß vor dem Wiederauftrieb von einem amtlichen Thierarztes untersucht werden. Verkaufstes Vieh muß direkt in die Schlachtfächer geführt werden. Der Versandt von Vieh ist nur in die Schlachtfächer von Hamburg, Altona, Ottensen und Wandsee gestattet.

Dresden. 26. Febr. Die Gesetzgebungsdeputation der zweiten Kammer hat beantragt, die Kammer wolle bezeichnen zu wollen, daß der Abg. Liebknecht mit dem 22. September 1890 aufgehört hat, Mitglied der zweiten Kammer zu sein, da derselbe seinen Wohnsitz nicht in Sachsen, sondern in Charlottenburg habe.

Braunschweig. 26. Febr. Gegen die bei den am Dienstag stattgehabten Ausschreitungen verhafteten 16 Personen wird die Anklage wegen Landfriedensbruches erhoben werden.

Die Berliner Arbeiterdemonstrationen.

Die Ausschreitungen auf den Straßen Berlins scheinen, so berichtet die "Frei. Ztg.", sich noch eine Weile fortsetzen zu wollen. Nicht wenig trägt dazu bei die sensationelle Art, wie von einzelnen Reportern und in Folge dessen auch in nachlässig redigierten Zeitungen die Vorwürfe aufgebaut wurden. Vergleichsweise lohnt natürlich weiterhin nicht blos Neugierige, sondern auch unruhige Elemente aller Art auf die Straße. Das eine Großstadt wie Berlin viele Tausende von Personen in sich birgt, die jeder Zeit bereit sind, sich an einem Rad zu beteiligen, weiß jedermann. Das Frühlingswetter lädt ohnedies zum Aufenthalt auf der Straße noch besonders ein.

Der sozialdemokratische "Vorwärts" stellt sich so, als ob nur Banhang an diesen Vorwürfen beteiligt wäre, nur "Lumpenproletariat von unten bis oben". Thatsache aber ist es, daß diese Dinge begonnen haben im unmittelbaren Anschluß an eine von sozialdemokratischen Agitatoren veranstaltete Versammlung sogenannter Arbeitsloser. Die Führer und Redner dieser Versammlung gehörten ebensoviel, wie die Einberüster zu den Arbeitslosen. Die Arbeitslosen gaben nur den Vorwand her für eine sozialdemokratische Agitation beim Frühstück. Es lag aber nahe, den angebrochenen Vormittag alsdann in weiteren Straßendemonstrationen zu verbringen. Denn die bloße Fassung einer Resolution wäre ein gar zu nüchterner Schlüß gewesen für den agitatorischen Charakter der Versammlung. Das dergleichen von vornherein die Gemüther bewegte, ergab sich schon aus den wiederholten Abmahnungen der sozialdemokratischen Agitatoren in ihren Reden vor Straßendemonstrationen. Mancher ist aber durch diese Abmahnungen vielleicht erst auf Demonstrationsgedanken überhaupt gekommen. Auch wer mit dem Feuer nur spielt, kann einen für ihn verderblichen Brand entzünden.

Das solche Ausschreitungen nicht geeignet sind, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, liegt auf der Hand. Die Polizei scheint anfänglich von den Dingen überrascht gewesen zu sein, hat aber dann, so weit wir bis jetzt unterrichtet sind, ebenso energische und zweckentsprechende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen. Sie wird dabei auf die Unterstützung aller, welche nicht zu dem Pöbel gehören, in Berlin rechnen dürfen. Insbesondere erheben die Angriffe auf das Eigentum der Bürger, mag es sich nun bloß um zerschlagene Fensterscheiben oder wirklich um geraubte Gegenstände handeln, die schärfste und, was wir in diesem Falle besonders wünschen, promptste Ahndung.

Das Tumultgejäh vom 11. März 1850 findet auf die bei den letzten Ausschreitungen verursachten Entschädigungen von Privatbesitz Anwendung. Darnach hat die Gemeindekasse von Berlin für die bei einer Zusammenrottung oder einem Zusammenlauf von Menschen durch offene Gewalt oder durch Anwendung der dagegen getroffenen gesetzlichen Maßregeln verursachten Beschädigungen des Eigentums oder Verlegerungen von Personen zu haften. Der Gemeindevorstand ist auf Ansuchen des Beschädigten verpflichtet, den angerichteten Schaden unter Beziehung der Interessen vorläufig zu ermitteln und festzustellen. Der Schadenersatz muß binnen 14 Tagen bei der Gemeindebehörde geltend gemacht werden.

Die Ruhestörungen, welche am Donnerstag Abend im Osten sich abspielten, fanden am Freitag Vormittag Unter den Linden, auf dem Opernplatz und vor dem königlichen Schloß ihre Fortsetzung in nach Dauer und Zahl der Tumultuanten vergleichbarem Umfang. Ein sehr starkes Aufgebot von Schuhleuten zu Pferde und zu Fuß war Unter den Linden vertreht. Die Polizei bewahrte eine große Zurückhaltung und beschränkte sich darauf, nur in Fällen einzutreten, wo es zu gröberen Ausschreitungen kam. So gelang es gegen 10th Uhr auf dem Opernplatz. Dort hatten ein paar hundert Mann Posto gefaßt, und als sie einer Aufforderung, auseinander zu gehen, nicht Folge leisteten, wurde blank gezogen, die wenige auseinander gejagt und einige Personen festgestellt. Größere Ansammlungen fanden im Laufe des Morgens auch vor dem Brandenburger Thor statt, und zu einem Konflikt kam es Unter den Linden in der Nähe der Kommandantur, um die Zeit, als die Ablösung der Wache erfolgte, die von den Gardesoldaten gestellt wurde. Eine große Schaar Müzzigänger begleitete, wie immer die aufzuhaltende Wache und fand unter den Leuten, die sich Unter den Linden angegammelt hatten, bedeutende Verstärkung. Die Schuhleute sahen sich genötigt, von ihren Waffen Gebrauch zu machen, und es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit sind auch ein paar Personen verletzt worden, ein Mann so erheblich, daß er nach der Sanitätswache getragen werden mußte. Das Gedränge Unter den Linden nahm in den ersten Nachmittagsstunden noch erheblich zu, und allerhand beunruhigende Gerüchte waren im Umlauf, die sich bald als grundlos erwiesen. So erzählte man sich unter anderem, daß ein Trupp Exzedenzien veracht habe, unter Rufen nach Brot und Arbeit in das Palais der Kaiserin Friedrich zu dringen, und daß die Betreffenden von den vor dem Palais aufgestellten Schuhleuten ziemlich arg zu gerichtet worden seien. Dieses Gerücht entbehrt der Begründung, doch ist es in der Nähe des Palais zu einigen kleinen Zusammenstößen gekommen. Polizei und Ruhestörer gerieten auch während des Aufzugs der Wache auf der Schloßbrücke in ein Handgemenge, als ein Theil der Exzedenzien nach dem Krawall vor der Kommandantur verfuhr, über die abgesperrte Schloßbrücke den Platz vor dem Lustgarten und die Schloßfreiheit zu erreichen.

Hinter dem Gießhause — wo sich ihre Kaserne befindet — war, wie bereits telegraphisch gemeldet, eine Kompanie vom Alexander Regiment mit aufgesetztem Vojonett aufgestellt. Um 1th Uhr war

bis auf lebhafte Bewegung Unter den Linden von den vorausgegangenen Szenen kaum noch etwas wahrzunehmen.

Gegen 1/3 Uhr verließ der Kaiser, eine Zigarette rauchend, zu Pferd das Schloß und ritt, begleitet von zwei Flügeladjutanten und gefolgt von zwei Reitknechten, langsam nach dem Thiergarten, überall mit Hochrufen begrüßt. Auch die Kaiserin Friederich, welche etwa 10 Minuten später in offener Kalesche mit der Prinzessin Margarethe spazieren fuhr, wurde freundlich begrüßt. Dasselbe wiederholte sich, als Prinz Heinrich um 3th Uhr ohne Begleitung im offenen Wagen vom Schloß her die Linden entlang fuhr.

In den Stadttheilen, welche Donnerstag Abend den Schauplatz der bedeutenderen Ruhestörungen bildeten, war am Freitag verhältnismäßig alles still. In Friedrichshain konnte man einige Arbeitergruppen sehen, die sich rasch vertheilten, wenn ein Schuhmann sich ihnen näherte, und ebenso rasch wieder zusammen kamen, wenn er ihnen den Rücken wandte. Geschäftleute in der Köpenickerstraße, in der Koppenstraße, in der Blumenstraße, am Grünen Weg und am Andreaskirchplatz hatten theilsweise ihre Läden geschlossen.

Am Nachmittag sollte in Niedorf eine Versammlung Arbeitsloser stattfinden. Die in den drei Städtebahnhöfen am Alexanderplatz untergebrachten Unternehmungen: "Mägdehelm", Wärmetube und Arbeitsnachweis sind einstweilen bis morgen früh vollzeitig geschlossen.

Lokales.

Posen, den 27. Februar.

* Zum Besten der Ferienkolonieen fand gestern Abend in der Aula der städtischen Bürgerschule eine von dem Rektor der genannten Schule, Herrn Franke, arrangierte musikalisch-deklamatorische Abendunterhaltung statt, welcher ein sehr zahlreiches Publikum bewohnte. Von den Spitzen der hierigen Behörden waren der Herr Oberpräsident, der Herr Regierungspräsident und der Herr Erste Bürgermeister mit Gemahlin erschienen. Ein von einer Lehrerin der Anstalt verfasster, nach Inhalt und Form trefflicher Prolog, von einer Schülerin gesprochen, leitete die Feier ein, dann folgten Declamationen und Gesangsvorträge des Knaben- und Mädchenchor der Anstalt unter Leitung des Chorleiters Herrn Kocialkowski, in reicher Abwechslung. Sowohl die deklamatorischen Vorträge, unter denen wir ein von Herrn Mittelschullehrer Günther verfasstes, der hohen Protoktorin der Ferienkolonie, Kaiserin Friedrich, gewidmetes hübsches Gedicht besonders hervorheben, wie auch die gesanglichen Vorführungen zeugten von der Lust und Liebe, mit welcher dieselben einstudirt worden waren und fanden fortgesetzten lebhaften Beifall von Seiten der Zuhörer. Wie wir hören, hat ein recht reicher Ertrag die von Lehrern und Schülern im Interesse eines guten Werkes aufgewandte Mühe belohnt.

Telegraphische Nachrichten.

Nürnberg. 26. Febr. (Amtliches Wahlergebnis.) Bei der Erstwahl eines Reichstagsabgeordneten für den 7. Oppelner Wahlkreis wurde Rittergutsbesitzer Frhr. v. Reichenstein (3tr.) mit 16 637 Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

München. 26. Febr. Das Landgericht als Verurteilungsinstanz verwandelte die über den Dr. Georg Hirth wegen Beleidigung des Schriftführers der Künstlergenossenschaft Bauer anlässlich der letzten Jahresausstellung vom Schöffengericht verhängte Gefangenstrafe in eine Geldstrafe von 50 M. Betreffs des Chefredakteurs der "Neuesten Nachrichten", Franke, wurde die vom Schöffengericht ausgeschrockene Geldstrafe von 50 M. bestätigt.

Paris. 26. Febr. Der Schwurgerichtshof verurteilte den ehemaligen Unterleutnant Anastas, welcher Madama Dellard in ihrer Wohnung am Boulevard du Temple ermordet hatte, zum Tode.

London. 26. Febr. Das Unterhaus nahm einstimmig und ohne Debatte die Ausschließung Docobains vom Parlemente an.

Bukarest. 26. Febr. Bei den Stichwahlen für den Senat wurden 11 Konservative und 3 Oppositionelle gewählt. Der Senat besteht somit aus 92 Konservativen, 20 Oppositionellen und 8 Bischöfen.

Belgrad. 26. Febr. In der Skupstichtina rief heute der Gesetzentwurf betreffend die Reorganisation der Staatshauptkontrolle hinsichtlich der vorgeschlagenen Ernennungen der Beamten lebhafte Erörterungen hervor. Die Radikalen Popovic und Tasic, unterstützt von Katic, beantragten Beamtenwahl, welche der Justizminister einfach zu bestätigen hätte. Der Justizminister sprach sich entschieden gegen den Antrag aus und warf die Vertrauensfrage auf. Der Antrag wurde einem Ausschuß zugewiesen. In parlamentarischen Kreisen ist das Gerücht verbreitet, einzelne Radikale und Dissidenten agitieren lebhaft für die Gründung eines selbständigen Klubs.

Sofia. 26. Febr. Ein definitives Urtheil über den Krankheitsverlauf des verwundeten Agenten Vulfovich wird in Abrechnung der Gefährlichkeit der Verlegung erst nach einigen Tagen möglich sein; die gestern Nachmittag vorgenommene Eröffnung der Bauchhöhle ergab eine fünf Millimeter lange Wunde im Dickdarm, welche vernäht wurde. Der Sultan hat sich wiederholt nach dem Befinden Vulfovichs erkundigen lassen. Die Nachforschungen nach dem Attentäter werden von dem Polizeiminister und dem Polizeichef persönlich geleitet; Vulfovich selbst ist in Unkenntnis über die Person des Attentäters. Er erinnert sich, daß ein Bulgar wiederholt gegen ihn Todesdrohungen ausgestoßen habe, kann aber denselben nicht als Thäter bezeichnen. Das Messer, mit dem die Wunde verursacht wurde und welches Vulfovich, nachdem er es selbst aus der Wunde herausgezogen hatte, fallen ließ, konnte nicht aufgefunden werden.

Paris. 27. Febr. Das Kabinett Lombet wird sich voraussichtlich bis morgen konstituiert haben. Eine Erklärung, welche das Kabinett am Montag über die auswärtige Politik abgeben wird, wird bestätigen, daß das Kabinett den festen Willen hat, friedlich zu sein und dem System, welches Frankreich erlaubt, seinen Rang in der Welt wieder einzunehmen, treu zu bleiben.

Handel und Verkehr.

** **Newyork.** 25. Febr. Die Börse eröffnete fest, befestigte sich im weiteren Verlaufe und schloß fest, aber luftlos. Der Umsatz der Aktien betrug 266 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf

3 700 000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 25 000 Unzen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1892.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind. W. in d. Gefl. Grad	Wetter.	Temp. Grad
26. Nachm. 2	764,3	O stark	heiter	+ 5,2
26. Abends 9	763,4	O schwach	heiter	+ 0,7
27. Morgs. 7	762,8	O schwach	atm. heiter ¹⁾	- 1,7
1) Früh Reif.				
Am 26. Febr.		Wärme-Maximum +	5,4° Cel.	
Am 26.		Wärme-Minimum -	1,6° =	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 26. Febr.	Morgens 2,88 Meter.
= 26.	Mittags 2,88
= 27.	Morgens 2,84

— 26. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

— 27. — 27. —

</div

Havre. 26. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newport schloß mit 30 Points Hauffe.
Rio 11000 Sack für gestern, Santos 11 000 Sack für 2 Tage.
Havre. 26. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. März 90,75, p. Mai 87,75, p. Sept. 83,25. Fest.

Antwerpen. 26. Febr. Getreidemarkt. Weizen schwach. Roggen behauptet. Hafer ruhig. Gerste unverändert.

Antwerpen. 26. Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht) Staffinutes Type weft loto 16 bez. und Br., p. Febr. 16 Br., p. März 15^{1/2}, Br., Sept.-Dez. 15^{1/2}, Br. Ruhig.

Antwerpen. 26. Febr. Wolle (Telegr. der Herren Wilkens n. Comp.) Wolle. La Plata - Bug, Type B., per März 4,17^{1/2}, Mai - , Juni 4,27^{1/2}, August - , Sept. 4,37^{1/2}, Verkäufer.

Amsterdam. 26. Febr. Bancazzino 58^{1/2}.

Amsterdam. 26. Febr. Zava-Kaffee good ordinario 54.

London. 26. Febr. 96 v.C. Tabac Zucker loto 16^{1/2} ruhig.

Rüben-Rohzucker loto 14^{1/2} ruhig. Centrifugal Cuba - .

London. 26. Febr. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. - Heiter.

London. 26. Febr. Chilli-Kupfer 43^{1/2}, per 3 Monat 44^{1/2}.

London. 26. Febr. (Anfangsbericht) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 16 480, Gerste 17 420, Hafer 33 490 Oktos.

Weizen fest. Gerste und Hafer träge, Mehl und Mais ruhig.

London. 26. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht) Sämtliche Getreidearten sehr ruhig, Weizen 1/2, h. unter letzten Montagspreise, Mehl träge, Gerste und Hafer matt.

Glasgow. 26. Febr. Hobelstahl. (Schluß.) Mixed numbers warrants 40 lb. 1^{1/2}, d.

Glasgow. 26. Febr. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 502 031 Tons gegen 548 183 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 78 gegen 15 im v. J.

Bradford. 26. Febr. Wolle flau, weichend, in Garnen mäßiges, in Stoffen belebtes Geschäft.

Amsterdam. 26. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termine träge, p. März 237, p. Mai 244. - Roggen loto behauptet, do auf Termine niedriger, per März 222, per Mai 228. Raps per Frühjahr. - Rüböl loto 28^{1/2}, p. Mai 27^{1/2}, p. Herbst 27^{1/2}.

Petersburg. 26. Febr. Produttenmarkt. Talg loto 57,00, per Aug. - . Weizen loto 14,50. Roggen loto 12,50. Hafer loto 5,25. Hanf loto 46,00. Leinfaat loto 15,50. Wetter: Trübe.

Liverpool. 26. Febr. Getreidemarkt. Weizen 1/2, d. niedriger. Mehl unverändert. Mais fest. - Wetter: Schön.

Liverpool. 26. Febr. Baumwolle. (Anfangsbericht) Muthmäßiger Umsatz 7 000 Ball. Ruhig. Tagessimport 11 000 Ballen.

Liverpool. 26. Febr. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle.

Umsatz 7 000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Amerikaner unverändert, 1/10 billiger. Surats träge.

Mittel-amerikan. Lieferungen: Febr. - März 3^{1/2}, Käuferpreis, März-April 3^{1/2}, do. April-Mai 3^{1/2}, Verkäuferpreis, Mai-Juni 3^{1/2}, do. Junl-Juli 3^{1/2}, do. Juli-August 3^{1/2}, do. do.

Liverpool. 25. Febr. (Offizielle Notierungen.) Amerikaner good ordinary 3^{1/2}, do. low middling 3^{1/2}, Amerikaner middling 3^{1/2}, middling fair 4^{1/2}, Bernam fair 4^{1/2}, do. good fair 4^{1/2}, Ceara fair 4^{1/2}, do. good fair 4^{1/2}, Bahia fair - , Macelio fair 4^{1/2}, Maranham fair 4^{1/2}, Egyptian brown fair 4^{1/2}, do. d. good fair 4^{1/2}, do. do. good 5^{1/2}, M. G. Broach good 3^{1/2}, do. fine 3^{1/2}, Dholera fair 2^{1/2}, do. good fair 2^{1/2}, Dholera good 3^{1/2}, do. fine 3^{1/2}, Domra fair 2^{1/2}, do. good fair 3, do. good 3^{1/2}, do. fine 3^{1/2}, Scinde good fair - , do. good 2^{1/2}, Bengal good fair 2^{1/2}, do. good 2^{1/2}, do. fine 3^{1/2}, Madras, Cannibally, fair 3^{1/2}, do. do. good fair 3^{1/2}, do. do. good 3^{1/2}, Western fair 2^{1/2}, do. do. good fair 2^{1/2}, do. do. good 3^{1/2}, Peru rough fair - , do. do. good fair 7^{1/2}, do. do. good 8^{1/2}, do. moder. rough fair 5^{1/2}, do. do. good fair 6^{1/2}, do. do. good 7^{1/2}, do. smooth fair 4^{1/2}, do. do. good fair 4^{1/2}.

Ausländische Fonds.

Bank-Diskonto. Wechsel v26 Feb.

Gold, Banknoten u. Coupons.

Souveräns..... 20,36 brz G.

20 Francs-Stück..... 16,19 G.

Gold-Dollars..... 4,18 G.

Engl.Nat. 1 Pfdr.Sterl.

Franz. Not. 100 Frs. 81,15 bz

Oestr. Not. 100 fl. 172,55 G.

Russ. Noten 100 R. 200,85 brz

Deutsche Fonds u. Staatssap.

Otsche R.-Anl. 4 106,66 G.

do. do. 3^{1/2} 98,70 G.

Prss. cons. Anl. 4 106,30 brz G.

do. do. 3^{1/2} 98,90 brz

do. Scrips, int. 3

Sts.-Anl. 1868 4 100,90 brz G.

Sts.-Schild-Sch. 3^{1/2} 99,90 G.

Berlin-Stadt-Obl. 3^{1/2} 96,75 G.

do. neue 3^{1/2} 96,75 G.

Posener Prov.

Ani.-Scheinie... 3^{1/2} 93,50 B.

Berliner... 5 112,80 G.

do. ... 4^{1/2} 110,75 bz

do. ... 4 104,00 G.

do. ... 3^{1/2} 97,10 G.

Ctr.Ldsch. 4 103,30 G.

Kur. u Neu- mrk.neue 3^{1/2} 96,20 brz

Ostpreuss. 3^{1/2} 95,10 brz

Pommere... 3^{1/2} 96,60 brz

do. 4 102,30 G.

Posensch. 4 101,75 brz G.

3^{1/2} 95,75 G.

Schles.-Allt. 3^{1/2} 96,80 G.

do. do. 4 96,80 brz

Idsch.-Lt.A. 3^{1/2} 96,80 brz

do. do. 3^{1/2} 96,80 G.

do. do. neu. 3^{1/2} 96,80 G.

Wstpr.Ritt. 3^{1/2} 95,50 brz

do. neuil. II. 3^{1/2} 95,30 brz

Pommere... 4 102,90 G.

Posensch. 4 102,70 G.

Preuss.... 4 102,75 G.

Schles.... 4 102,75 G.

Bad. Eisenb.-A. 4 104,55 G.

Bayer. Anleihe 4 106,25 brz G.

Brom. A. 1890 3^{1/2} 96,96 G.

Hmb-Sts. Rent. 3^{1/2} 83,50 G.

do. do. 1886 3^{1/2} 83,50 G.

do. amort. Anl. 3^{1/2} 98,40 G.

Sächs. Sts. Anl. 4 98,40 G.

do. Staats-Anl. 3^{1/2} 85,25 G.

Prss.Präm-Anl. 3^{1/2} 162,75 G.

H.Pr.-Sch. 3^{1/2} 350,00 brz

Bad.-Präm.-Anl. 4 139,00 brz G.

Bayr. Pr.-Anl. 4 143,16 G.

Liverpool. 26. Febr. Baumwollen-Wochenbericht. Wochen-Umfang 44 000 B., davon für Spekulation 39 000 B., für Export 6 000 B. desgl. unmittelbar ex Schiff 65 000, wirkl. Export 5 000, Import der Woche 88 000, davon amerikanische 69 000, Vorath 1 660 000, davon amerikanische 1 445 000; schwimmend nach Großbritannien 225 000, davon amerikanische 215 000.

Newyork. 25. Febr. (Ansangs-urje.) Petroleum Pipeline certificates per März 59. Weizen per Mai 103^{1/2}.

Newyork. 25. Febr. Baumwolle in Newyork 7^{1/2}, do. in New-Orleans 6^{1/2}. Rauch-Petroleum Standard white in New-York 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Rotes Petroleum in Newyork 5,70, do. Pipeline Certificates p. März 59^{1/2}. Bemlich fest. Schmalz loto 6,80, do. Ridge u. Brothers 7,10. Ruder (Fair refuting Muscovados) 3. Rals (New) p. März 49^{1/2}, p. April 49^{1/2}, p. Mai 49^{1/2}. Rother Winterweizen loto 108^{1/2}, Kaffee Rio Nr. 7, 15 - , Mehl 4 D. - C. Getreidefracht 3^{1/2}, - Kupfer 10,65. Rother Weizen per Febr. 105^{1/2}, März 105^{1/2}, p. April 105^{1/2}, p. Mai 103^{1/2}. Kaffee Nr. 7 low ord. p. März 13,67, p. Mai 12,97.

Weizen Anfangs stetig, später schwankend, Schluss träge. - Mais eröffnete sehr fest, fiel aber bald wieder.

Chicago. 25. Febr. Weizen p. Febr. 90, p. Mai 92^{1/2}. Mais p. März 41^{1/2}. Spec short clear 6,30. Pork p. März 11,20.

Weizen Anfangs weichend, später lebhafte Reaktion, Schluss wieder weichend. Mais Anfangs sehr fest, Schluss weichend.

Berlin. 27. Febr. Wetter: Schön.

Newyork. 26. Febr. Weizen p. Febr. 105^{1/2} C., p. März 104^{1/2}, C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin. 26. Febr. Die heutige Börse eröffnete in etwas abgeschwächter Haltung und mit etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls wenig günstig und boten geschäftliche Anregung in feiner Beziehung dar.

Hier entwickelte sich denn auch das Geschäft bei großer Zurückhaltung und unter kleinen Schwankungen der Spekulation sehr ruhig, nur vereinzelte Papiere hatten zeitweise etwas belangreichere Umsätze für sich; gegen Schluss erschien die Haltung etwas bestätigt.

Der Kapitalmarkt bewährte ziemlich feste Gesamtenthaltung für heimliche solide Anlagen auf bei mäßigen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preußische Staats-Anleihen zu teilweise geringfügig abgeschwächter Rottz ziemlich lebhaft. Fremde festen Zins tragende Papiere ziemlich behauptet und ruhig; Russische Anleihen ziemlich fest; Ungarische 4 prozent. Goldrente schwach.

Der Privatdiskont wurde mit 1^{1/2} Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet waren österreichische Kreditaktien nach schwächerer Gründung schließlich bestätigt und lebhafter; Franzosen schwach, Dux-Bodenbach schwächer, andere österreichische Bahnen wenig verändert.

Inländische Eisenbahntickets ruhig und schwach, namentlich Marienburg-Mlawka und ostpreußische Südbahn weiter nachgebend.

Banffanen ruhig; die spekulativen Devisen Anfangs schwach und schwankend, namentlich Diskonto-Kommandit-Anteile, Berliner Handelsgeellschafts-Anteile und Aktien der deutschen Bank nachgebend, schließlich fest.

Industriepapiere wenig verändert und still; Montanwerthe schwächer, namentlich Aktien von Kohlenbergwerken.

Produkten-Börse.

Berlin. 26. Febr. In Newyork wurde gestern Weizen 1/2, bis

<p